



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Albert Grzesinski: Politische Reden 1919–1933.

Hrsg. von Dietfrid Krause-Vilmar. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2022 (Weimarer Schriften zur Republik, 21), 202 S., ISBN 978-3-515-13318-0

In Weimar tut sich in den letzten Jahren viel in Sachen „Weimarer Republik“. Als die Stadt 1999 zur Kulturhauptstadt Europas ernannt worden war, erinnerte beschämend wenig an die erste deutsche parlamentarische Demokratie. Geändert hat sich dies vor allem durch das Engagement des Weimarer Republik e.V. Dieser unterhält das „Haus der Weimarer Republik“ mit dauerhafter Ausstellung im Herzen der Stadt – vis-à-vis vom Deutschen Nationaltheater, in dem 1918 die Verfassunggebende Versammlung getagt hatte. Der Verein ist aber auch Initiator und Träger von Forschungsarbeit und in Person der Reihenherausgeber Michael Dreyer und Andreas Braune verantwortlich für die „Weimarer Schriften zur Republik“, in denen wichtige Monografien, Sammelbände und Quelleneditionen zum Thema erscheinen.



Mit Band 21 dieser Reihe werden nun politische Reden von Albert Grzesinski aus den Jahren 1919 bis 1933 publiziert. Sie stammen zum großen Teil aus dem Nachlass im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, werden also erstmals einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Grzesinski eignet sich sehr gut dafür, die Demokratiegeschichte der Weimarer Republik anschaulich zu machen. Als Parlamentarier hatte er während der gesamten Zeit ein Mandat im Preußischen Landtag inne, bekannt wurde er als preußischer Innenminister (1926-1930) und Berliner Polizeipräsident (1925-1926 und 1930-1932). Dabei steht er für die Demokratisierung und Modernisierung der Polizei und den „Republikerschutz“, also für ein Konzept der wehrhaften Demokratie.

Grzesinski war ohne Zweifel ein Wegbereiter der Demokratie: ein „Anwalt der politischen Bildung für die junge Demokratie und [...] überzeugter Botschafter des Weimarer Verfassungswerkes“ (S. 199), um es mit den Worten des Herausgebers Dietfrid Krause-Vilmar auszudrücken. Nach den rund 20 Jahre alten Publikationen von Thomas Albrecht und Eberhard Kolb gehören die Aufsätze Krause-Vilmars zu den besten Forschungen über Grzesinski; es gibt deshalb kaum einen geeigneteren Herausgeber.

Über die Biografie und die Rahmenbedingungen informiert innerhalb der Edition die Einleitung und eine tabellarische Übersicht im Anhang. Grzesinski war durch und durch ein im Milieu und der Organisation der Arbeiterbewegung verwurzelter Sozialdemokrat. Als Sohn eines Hausmädchens 1879 unehelich geboren, vollzog er im Kaiserreich einen sozialen Aufstieg vom Volksschulabsolventen, Handwerker und Metallindustriearbeiter zum Gewerkschaftssekretär und tatkräftigen Macher innerhalb der kommunalen Verwaltung seiner Heimatstadt Kassel. Innerhalb gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Organisationen erwarb er sich politisches Wissen und Organisationsfähigkeiten. Ohne je Soldat gewesen zu sein, wurde er 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium zu einer

Zeit, als die Probleme groß waren: Die Demobilisierung und Abwicklung der Militärverwaltung standen genauso auf der Tagesordnung wie die Versorgung der zurückkehrenden Soldaten.

Im Kern des Buches stehen 38 Reden Grzesinskis, die sich über die Einleitung mit ihren konkreten Verweisen, aber auch durch die vom Herausgeber festgelegten und sehr gut formulierten Überschriften erschließen lassen. So gelingt schon via Inhaltsverzeichnis ein gezielter Zugriff auf die verschiedenen Themen.

Diese sind durchaus vielfältig. Grzesinskis Position zur modernen Polizeiarbeit und inneren Sicherheit nimmt einen angemessen breiten Platz in der Edition ein. Das bekannte Bild vom Polizisten als „Helfer und Freund“ (S. 64) findet sich genauso wieder wie die Aufforderung, „dass die Polizei fortgesetzt selbst an sich arbeiten müsse“ (ebd.). Aber auch die allgemeine Notwendigkeit der Toleranz (etwa S. 31) und der Völkerverständigung (S. 57) betonte Grzesinski. Anfang der 1930er Jahre referierte er über den Erfolg einer aktiven Personalpolitik im preußischen Beamtenapparat, „dass das Adelsmonopol für die höheren Verwaltungs- und besonders für die politischen Beamten völlig gebrochen wurde [...] und dass von den etwa 540 politischen Beamten den republikanischen Parteien – das sind Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten – etwa 450 angehören, während früher alles stockkonservativ war“ (S. 179). Nicht nur an dieser Stelle erweist sich Grzesinski als gefestigter und überzeugter Anhänger der Weimarer Koalition von SPD, politischem Katholizismus und Linksliberalismus. Im Land Preußen hielt diese Koalition ja als „Bollwerk“ bis zum Schluss, bis zur gewaltsamen Absetzung im Papen-Putsch. Grzesinski zufolge sollte Preußen Vorbild werden, im fortschrittlich-demokratischen Sinne „in Deutschland voran“ (S. 37) gehen.

Wiederkehrende Bezugspunkte Grzesinskis waren die revolutionären Erfahrungen des Novembers 1918 mit der Errichtung der parlamentarischen Demokratie. Bemerkenswert sind seine frühe klare Sicht auf die Bedeutung der Dolchstoßlegende (Nr. 1, S. 23-27) und sein klares Plädoyer für die ausnahmslose Einhaltung des staatlichen Gewaltmonopols: Er wolle, „dass Zivilpersonen möglichst überhaupt keine Waffen führen“ (S. 63) dürfen. Eine klare Stellungnahme für die politische Gleichberechtigung der Frauen nutzte er als Plädoyer gegen die „Trägheit“ (S. 124) und zur Klage darüber, dass zu viele Frauen die Parteien wählten, die nicht für die politischen Rechte der Frauen eintraten und Gegner des Frauenwahlrechts gewesen waren. Besonders bitter stieß ihm im Jahr 1931 auf, „dass es immer noch Frauen genug gibt, die den sogenannten Nationalsozialisten ihre Stimme und ihre Gefolgschaft geben“ (S. 125). Zuvor hatte er schon beklagt, wie viele Arbeiter und Angestellte monarchistischen und antidemokratischen Verbänden „angehören und nachlaufen“ (S. 47). Dagegen setzte er auf „Aufklärung, unsere Jugend und die Frauen“ (ebd.).

Grzesinski erkannte somit früh die Gefahr des antidemokratischen und antiparlamentarischen Denkens sowie der politischen Gewalt. 1922 klagte er: Die „Presse- und Redefreiheit ist zur Schimpf- und Schmädfreiheit geworden“ (S. 31). Politische Morde erschütterten die Republik; demokratiefeindliche Handlungen würden von der Justiz nicht gerecht beurteilt (S. 35). Deshalb bezweifelte Grzesinski 1921, dass ein Linker „objektive Richter finden wird“ (S. 29). Gegen diese klar erkannten Strukturprobleme setzte er auf Demokratisierung und Umbau des Beamtenapparats, aber auch auf die republikanische preußische Polizei und den politischen Republikenschutz für die Demokratie. Intendiert sei dabei nicht die Einschränkung der friedlichen verfassungsmäßigen Meinungsäußerung oder der Presse- und Versammlungsfreiheit, sondern die „Verfolgung von Straftaten und Verbrechen“ (S. 32), zu denen er auch Hass und Hetze, vor allem aber die Straßengewalt zählte.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die politische Weitsicht Grzesinskis, die klaren Worte, die Konsequenz im Handeln und Reden sowie die Betonung der demokratischen Werte, insbesondere der Toleranz.

Die letzten Reden der Edition sind bedrückend, wird doch in den letzten Jahren der Republik klar, dass die Demokratisierungsideen scheitern. „Verzweiflung wird sichtbar“ (S. 18), wie es der Herausgeber Dietfrid Krause-Vilmar treffend formuliert. Die letzte Rede ist eine nicht mehr öffentlich gehaltene, aber auf Schallplatte aufgenommene Wahlkampfrede für die Märzwahl 1933. Im Gegensatz zu der sonst angewandten Linie übernimmt Krause-Vilmar hier die im Typoskript vorgefundene Überschrift: „Meine letzte Wahlrede“ (S. 195). Wenig später flüchtete Grzesinski über Österreich und die Schweiz nach Paris und New York, wo er 1947 starb.

Nicht nur an dieser Stelle wird die Atmosphäre der Zeit durch die authentischen Quellen erfahrbar. Es ist ein großes Verdienst, diese und die anderen 37 Reden der Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung zu stellen. Die Auswahl, die editorische Sorgfalt und die kommentierende Einordnung sind gelungen. Der Band ist sehr zu empfehlen.

Sucht man Monita, so kann neben wenigen Tippfehlern vermerkt werden, dass zur Bedeutung des Genres der politischen Rede etwas mehr hätte gesagt werden können als die Bemerkung, dass es ja kein Fernsehen und kein Internet gab (S. 11) und Reden deshalb wichtig seien. Ein Index – zumindest ein Namensregister – hätte dem Band gutgetan. Der Forschungsstand zur Polizei- und Verwaltungsgeschichte, Verweise auf Gewaltforschung oder auf Dagmar Ellerbrocks Kulturgeschichte des Waffenbesitzes hätten zumindest skizziert werden können.

Für die Liberalismusforschung bietet die Edition wichtige Ansatzpunkte, allerdings indirekt, da ein Sozialdemokrat im Zentrum steht – der aber in seiner Arbeit als Minister und Polizeipräsident sehr eng mit Liberalen wie Wilhelm Abegg und Bernhard Weiß zusammengearbeitet hat, die genauso in der Edition Erwähnung finden wie Walter Rathenau oder Hugo Preuß.

Berlin

Tobias Kaiser



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

